

Unser gemeinsames Ziel: Klimaschutz mit Baukosten und Ökonomie in Einklang bringen

- 1. Die Bundesregierung will bei der anstehenden GEG-Reform eine Lebenszyklusanalyse (LCA) zur Bewertung von Gebäudeemissionen einführen. Wir fordern: Alle Baustoffe müssen dabei gleich behandelt werden, sodass ihre Existenzgrundlage nicht künstlich entzogen wird.*
- 2. Für die Bewertung der Baustoffe müssen etablierte Standards angewendet werden. Wir wollen Offenheit für unterschiedliche Baustoffe. Eine politische Gewichtung einzelner Lebenszyklusabschnitte ist zu vermeiden.*
- 3. Die EPBD-Richtlinie muss 1:1 umgesetzt werden. Jede zusätzliche Regelung, die Baukosten erhöht, muss vermieden werden. Die Umsetzung 1:1 stärkt kurzfristig bereits den Klimaschutz und steigert Baukosten nicht unnötig.*
- 4. Förderprogramme für die Bauwirtschaft müssen sich an der CO₂-Bilanz des gesamten Lebenszyklus orientieren, aber dürfen bestimmte Baustoffe nicht bewusst benachteiligen.*

1. Klimaschutz beim Bauen erstreckt sich über den gesamten Lebenszyklus

Ein Gebäude ist nicht nur in der Errichtungsphase klimapolitisch relevant. Während der jahrzehntelangen Nutzung treten je nach eingesetzten Materialien erhebliche Effekte auf: vom Energiebedarf bis hin zur Rekarbonatisierung (Rückbindung von CO₂). Auch das Ende des Lebenszyklus eines Hauses entscheidet über die letztendliche Klimabilanz, etwa durch Recycling und Wiederverwendung. Ein Beispiel: Calciumhaltige Baustoffe binden CO₂ während der Lebensdauer eines Gebäudes und speichern es auch darüber hinaus.

Wissenschaft und Umweltverbände fordern übereinstimmend, dass alle Emissionen bei der Gebäudeplanung verpflichtend und gleichwertig betrachtet werden sollten. Nur ein ganzheitlicher Blick vermeidet falsche politische und finanzielle Anreize und stellt sicher, dass der Gebäudesektor zum Klimaschutz effektiv beiträgt.

Wir wollen eine konsistente Betrachtung aller Phasen im Lebenszyklus. Dann können die Bauherren eine informierte Entscheidung über die gewünschten Baumaterialien treffen.

Klimaschutz und Baukosten in Einklang zu bringen bedeutet: Investitionen sollen in nachhaltige Materialien erfolgen, aber mit möglichst geringen Zusatzkosten für Bauherren und Nutzer. So wird das GEG nicht zum Investitionshemmnis.

2. Mineralische Baustoffe sind echte CO₂-Speicher

Mineralische Baustoffe wie Porenbeton zeichnen sich durch Langlebigkeit, Kreislauffähigkeit, CO₂-Speicherpotenzial, gute Wärmedämmung und Brandsicherheit aus.

Jedes Jahr binden sie mehr CO₂. Dadurch wird in der Nutzungsphase ein klimapositiver Effekt erzielt. Ein Rechenbeispiel: Porenbeton und Kalksandstein binden in der Nutzungsphase 0,4–0,8 kg CO₂ pro Quadratmeter Netto-Raumfläche und Jahr durch Karbonatisierung. In einem durchschnittlichen Wohngebäude summiert sich dies auf mehr als 30 Tonnen CO₂ in 50 Jahren. Damit tragen mineralische Baustoffe, ähnlich wie Holz, messbar zur CO₂-Speicherung bei.

Weiterhin ist Porenbeton vollständig recyclingfähig. Als Abbruchmaterial kann es als Sandersatz genutzt werden. Das aufgenommene CO₂ bleibt dabei gebunden.

Voraussetzung für die Berechnung des gesamten Lebenszyklus sind verlässliche Daten und einheitliche Berechnungsmethoden. Der etablierte LCA-Standard EN 15804+A2 sowie die aktuelle Methodik der Environmental Product Declarations (EPD-Methodik) sind bewährt und sollten weiterhin als Grundlage dienen.

3. Effektiver Klimaschutz braucht pragmatische Regeln für alle Baustoffe

Glaubwürdige Regeln basieren auf Transparenz und Vergleichbarkeit. Darum ist es sinnvoll, den ganzheitlichen CO₂-Fußabdruck im Gebäudelebenszyklus zur Grundlage zu machen, um effektive Anreize für die Dekarbonisierung des Bauens zu schaffen.

Im ersten Schritt sollten gezielte und rechtssichere Anpassungen der GEG-Reform stehen, die dazu beitragen, die Krise im Wohnungsbau zu überwinden. Grenzwerte für die Lebenszyklusanalyse neuer Gebäude dürfen erst nach kritischer Analyse des Ist-Zustandes gemäß der EPBD eingeführt werden. Zusätzliche Kostentreiber werden von vornherein vermieden, wenn vereinfachte Verfahren auf Basis bereits erhobener Daten entwickelt werden (z.B. durch den GEG-Nachweis). Um Planungssicherheit zu gewährleisten, sollte das LCA nicht vor 2028 bzw. 2030 beginnen. Eine Übererfüllung der europäischen Vorgaben muss vermieden werden.

Wir fordern realistische CO₂-Grenzwerte und praktisch erreichbare Förderkriterien, ebenso wie einheitliche Regeln für alle Materialien. Eine politisch bedingte Bevorzugung von biobasierten Produkten wie Holz verletzt das Prinzip der Vergleichbarkeit, gerade wenn hierdurch keine deutlich stärkeren CO₂-Einsparungen im Vergleich erreicht werden.

4. Förderprogramme müssen auf echte Klimawirkung abzielen und langfristig Kosten senken

Förderkriterien auf Basis vollständiger LCAs - von Planung bis Abriss und Wiederverwertung - sind die richtige Lösung: Sie ermöglichen Klimaschutz und fördern Innovationen im Bauwesen. So können Neubauten langfristig kostengünstiger errichtet werden. Es muss sichergestellt werden, dass auch kostengünstige Konstruktionen wie einschalige Außenwände weiter förderfähig bleiben.

Einseitige Förderlogiken zugunsten einzelner Baustoffe behindern sinnvolle Vielfalt wie widersprüchliche Anforderungen gezielte Innovation behindern. Beides steht zudem dem Ziel der Kostensenkungen am Bau entgegen. Worum es also geht: Klare Orientierung auf den gesamten Lebenszyklus und auf CO₂-Daten statt auf einzelne Baustoffe.

Quellen:

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS). 2025. Fokus Gebäude – Energieeffizienz und CO₂

Institut Wohnen und Umwelt (IWU). 2025. Berücksichtigung der Transformationspfade der Energieträger in der Anforderungssystematik QNG

Bundesstelle für Energieeffizienz. 2024. Gutachten zum GEG und zur Umsetzung der EPBD

Bundesverband Porenbetonindustrie e.V. 2023. Umwelt-Produktdeklaration nach ISO 14025 und EN 15804+A2